

Der nachfolgende Beitrag wird inhaltlich unverändert erscheinen in: Deutschland Archiv 41 (2008) 6. Sperrfrist: 03.12.2008.

## *SPD und Kommunisten in der Bundesrepublik oder die Frage des antitotalitären Konsenses*

*Manfred Wilke, Berlin*

### **I.**

Unmittelbar nach dem Krieg war das Ziel der demokratischen Parteien die Einheit Deutschlands in einer parlamentarischen Republik und die Rückgewinnung der verlorenen Souveränität des Landes. Beides aber lag in den Händen der vier Siegermächte. 1947 waren die Verhandlungen unter ihnen festgefahren, und es zeichnete sich ab, dass die Teilung und nicht die Einheit das künftige Schicksal der Deutschen sein würde. In ihren Besatzungszonen forderten die Westmächte von den Ministerpräsidenten der Länder die Ausarbeitung einer Verfassung für einen Weststaat. Der »sowjetisch-kommunistische De-facto-Separatismus«<sup>1</sup> verbunden mit der Unterdrückung von Liberalen, Christ- und Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ließ ihnen auch keine andere Wahl. Der Berliner CDU-Politiker Johann Baptist Gradl schrieb später, dieser Schritt sei getan worden auch mit der Hoffnung und dem Willen, »eine Basis politischen Wirkens für die deutsche Einheit zu gewinnen.«<sup>2</sup>

Um den provisorischen Charakter des Weststaates zu unterstreichen, schuf der Parlamentarische Rat ein Grundgesetz, keine Verfassung. Die Mitglieder des Gremiums hatten die Zerstörung der ersten Republik durch die Nationalsozialisten 1933 miterlebt. Jetzt waren sie mit der Etablierung einer kommunistischen Diktatur in der SBZ konfrontiert, deren Staatspartei SED ebenfalls den Anspruch erhob, die Zukunft Gesamtdeutschlands zu repräsentieren. Die zweite deutsche Republik sollte nach ihrem Willen streitbar sein und rechts- oder linksextremistischen Feinden der Demokratie im Inneren präventiv entgegenreten. Diesem Ziel entsprechend wurde das Grundgesetz gestaltet: Artikel 9 Abs. 2 verbietet Vereinigungen »die

sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung« richten. Nach Artikel 18 verwirkt die Grundrechte, wer sie »zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht [...]. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.« Artikel 21 Abs. 2 schließlich erklärt Parteien für »verfassungswidrig«, welche die Absicht verfolgen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu zerstören.

Der antitotalitäre Konsens zwischen Christdemokraten, den bayerischen Christ-Sozialen, Liberalen und Sozialdemokraten von 1949 war somit eine doppelte Grenzlinie. Zum einen grenzte er sich ab gegen die von den alliierten Armeen zerschlagene nationalsozialistische, zum anderen gegen die im Aufbau befindliche kommunistische Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Durch zwei Parteienverbote 1952 gegen die rechtsradikale »Sozialistische Reichspartei« und 1956 gegen die »Kommunistische Partei Deutschlands« unterstrich das Bundesverfassungsgericht: Die Bundesrepublik ist eine streitbare Demokratie.

Der Kampf gegen Rechts- und Linksextremismus galt zum einen der noch virulenten totalitären Erbschaft der NS-Diktatur und zum anderen dem gesamtdeutschen Machtanspruch der kommunistischen Diktatur in der SBZ.

Die SPD hat diesen antitotalitären Konsens mitformuliert. Die Abgrenzung nach rechts verstand sich

1 Johann Baptist Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Köln 1981, S. 147.

2 Ebd.

für die Partei aus Geschichte und Selbstverständnis von selbst, hier gibt es eine ungebrochene Kontinuität bis heute.

Problematischer war für die linke Volkspartei die Abgrenzung zu den Kommunisten, der Hauptkraft des Linksextremismus. Bis zur deutschen Vereinigung 1990 war sie für die SPD-Parteiführungen ein dreidimensionales Problem, das zur innerparteilichen und öffentlichen Differenzierungen zwang:

1. Die programmatische und politische Abgrenzung zu SED/KPD/DKP in wechselnden Konstellationen.

2. Die Haltung der Sozialdemokraten vor Ort zu den Kommunisten, mit denen sie in den gleichen Arbeiterbezirken wohnten, mit ihnen in den Betrieben als Kollegen arbeiteten und in den gleichen Gewerkschaften organisiert waren. Als die Arbeitermilieus in den Industriestädten noch existierten, teilten die Mitglieder beider Parteien das gleiche Lebensschicksal, und es gab mannigfaltige persönliche Beziehungen. Nach 1945 lag hinter ihnen die gemeinsame Verfolgung durch die nationalsozialistische Diktatur, aber im Unterschied zu Katholiken und Protestanten, die in der CDU politisch zueinanderfanden, war die Einheit der Sozialisten nicht möglich.

Bis zum Godesberger Programm der SPD von 1959 verband sie aber immer noch ein gemeinsames Ziel, der Sozialismus. Streit gab es eigentlich nur über den Weg dahin und darüber, wie der Kapitalismus zu überwinden war. Der Graben, der beide Parteien trennte, war die Haltung zur Demokratie und zu den Methoden des Kampfes um den Sozialismus. Die sozialdemokratische Ablehnung des bolschewistischen Terrors in Russland nach 1917 war 1918 einer der Gründe für die Entstehung der KPD gewesen.

3. Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 erloschen alle Hoffnungen auf eine baldige Wiedervereinigung Deutschlands durch die vier Siegermächte. Die deutsche Teilung in zwei gegnerische Staaten komplizierte die Abgrenzung zur SED für die SPD in dem Moment, als sie nach 1969 den Status quo der Teilung und die Sicherung der Überlebensfähigkeit West-Berlins mit den in Ost-Berlin regierenden Kommunisten regeln musste und wollte.

Zur Beziehungsgeschichte von Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich zwischen dem Parteienkampf, der wechselseitigen politische Abgrenzung,

der Entspannungspolitik und der ihr folgenden partiellen Kooperation auch in der Bundesrepublik bewegt, gibt es noch keine Gesamtdarstellung. Eine Längsschnittstudie muss den zwei Erscheinungsformen des deutschen Kommunismus nach 1945, in der SBZ/DDR an der Macht und im Westen in einer verbotenen oder geduldeten Fundamentalopposition gerecht werden. In dieser Geschichte müssen unterschiedliche Perioden dieses Konflikts der beiden Parteien in der deutschen Teilungsgeschichte unterschieden werden. Die Darstellung von Peter Lübke »Kommunismus und Sozialdemokratie« von 1978 ist eine bedeutende Pionierarbeit, die einen solchen Ansatz verfolgt.<sup>3</sup>

In der Geschichte lassen sich drei Perioden ziemlich klar unterscheiden, in ihnen vollzogen sich auch zwei Generationswechsel in der SPD – ein Aspekt, der für dieses Thema von außerordentlicher Bedeutung ist. Zwischen der neuen Generation akademischer Sozialdemokraten mit ihrer historisch geprägten Wahrnehmung der Kommunisten und den Helden des Fusionskampfes gegen die Kommunisten und die Gründung der SED 1945/46 lagen Welten. Diese »alten Genossen« waren für viele der neuen Generation zu »ewiggestrigen kalten Kriegern« geworden. Ein Beispiel für diesen Zwiespalt in der SPD ist Hermann Kreutzer, der für die Sozialdemokratie und die Selbstbestimmung der Deutschen acht Jahre in den Zuchthäusern des SED-Staates einsaß. Er provozierte 1981 seinen Parteiausschluss, als er zur Wahl der CDU in Berlin aufrief. Für Kreutzer und seine Mitstreiter wandelte sich die Vertragspolitik mit der DDR zunehmend zum »Verrat an Einheit und Freiheit«, den deutschlandpolitischen Zielen Kurt Schumachers.<sup>4</sup>

## II.

In der ersten Phase zwischen 1945 und 1963 herrschten Parteienkampf und Abgrenzung zur SED/KPD vor. Dies galt gleichermaßen für die Staatspartei der DDR wie für die KPD in der Bundesrepublik.

<sup>3</sup> Peter Lübke, *Kommunismus und Sozialdemokratie*. Eine Streitschrift, Berlin/Bonn 1978.

<sup>4</sup> Vgl. Hermann Kreutzer, *In Deutschland für Freiheit. Aufschlüsse über politische Ereignisse und Personen in sechs Jahrzehnten*, Berlin 2002, S. 262.

In der zweiten Phase, den folgenden sechs Jahren, fand der genannte Generationswechsel in der SPD statt, symbolisiert durch die außerparlamentarische Opposition des Jahres 1968. Die Renaissance des Marxismus an den westdeutschen Universitäten reaktivierte die Suche nach der »Neuen Linken«, dem Weg zum Sozialismus. Die DKP wurde gegründet, und die SPD wurde erstmals für junge Akademiker attraktiv. Es war die Zeit der Großen Koalition, die eine neue Ostpolitik verfolgte, mit der auch der Weg zur Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Teilstaat begann. Die Sozialdemokraten differenzierten jetzt die Abgrenzung zu den Kommunisten: die Regierenden in Ost-Berlin wurden Verhandlungspartner, und die Demonstrierenden in Westdeutschland blieben zunächst als nicht bündnisfähige Extremisten ausgegrenzt. Mit Beschluss vom 14. November 1970 verbot der Parteivorstand der SPD »Aktionsgemeinschaften jedweder Art zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als parteischädigend.«<sup>5</sup> Die Botschaft hieß: Entspannungspolitik mit den kommunistischen Staaten ja, aber kein Paktieren mit kommunistischen Angreifern auf die Demokratie in der Bundesrepublik.

Im Januar 1972 wurde diese politische Abgrenzung erweitert um den sogenannten »Extremistenbeschluss«, der zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und den Ministerpräsidenten aller Länder vereinbart wurde. Die Mitglieder links- und rechtsextremistischer Parteien, genannt wurden DKP und NPD, sollten vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden. »Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelten, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.«<sup>6</sup> Der Beschluss war nachdrücklich vom Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann (SPD) gefordert worden. Er und der Autor des Grundsatzbeschlusses »Sozialdemokratie und Kommunismus«, Richard Löwenthal, trugen aus Lebenserfahrung das Bewusstsein von der Gefährdung der Demokratie in Deutschland in ihren Köpfen. Beide hatten 1933 aus ihrer Heimat fliehen müssen und in New York und London im Exil gelebt. Beide Grenzziehungen wurden somit von Sozialdemokraten vertreten, die als ihr politisches Vermächtnis der zweiten deutschen Demokratie ein Schicksal wie dem der Weimarer Republik ersparen wollten.

Der Kampf gegen die »Berufsverbote«, den die DKP zu einer Kampagne entwickelte, hat die innenpolitische Diskussion in den Siebzigerjahren nachhaltig bestimmt.<sup>7</sup> Die Jungsozialisten unterstützten in vielen Fällen solche Initiativen und ignorierten dabei immer häufiger die Abgrenzungsbeschlüsse ihrer eigenen Partei. Der Streit war damit auch ein innerparteilicher Generationenkonflikt.

Die dritte Phase begann mit den Ostverträgen und der Anerkennung der DDR 1973 als zweitem deutschem Teilstaat. In dieser Zeit wurden Bündnisse mit der DKP und ihrem Spektrum in außerparlamentarischen Bewegungen oder an den Universitäten vor allem für die Jungsozialisten möglich. Der antitotalitäre Konsens zwischen den Volksparteien zerbrach in Hinsicht auf den Kommunismus, was besonders 1979 in der Bundestagsdebatte über die Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Bewerber in den öffentlichen Dienst sichtbar wurde. Die SPD nahm Parteibeziehungen zur SED auf, und die Schere zwischen der innenpolitischen Abgrenzung zu den Kommunisten und der deutschlandpolitischen Kooperation mit der SED begann sich zu schließen. Die politische Kompassnadel zeigte immer stärker auf Kooperation, und der Widerspruch gegen diesen Kurs wurde innerparteilich immer schwächer. Mit der außerparlamentarischen Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss kamen Angehörige einer neuen Generation in die SPD, die mit dem ideologischen Gegensatz von Kommunisten und Sozialdemokraten pragmatisch umgingen und deren politisches Denken die neue Schlüsselworte bestimmten: Frieden, Ökologie und allenfalls noch Menschenrechte, vor allem mit Blick auf Südamerika, Afrika und die Türkei, deutlich weniger mit Blick auf den »Entspannungspartner« DDR.

Hatte Schumacher 1945 die Abgrenzung zu den Kommunisten noch mit der nationalen Selbstbestimmung der Deutschen begründet, so galt jetzt das

5 Zit.: Arnulf Baring: *Machtwechsel Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 358.

6 Zit.: ebd., S. 393.

7 Vgl. Uwe Backes/Eckard Jesse, *Politischer Extremismus In der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1989, S. 290–295.

Ziel der nationalen Einheit als rückwärts gewandtes Wunschdenken. Der Satz aus dem Grundsatzbeschluss des SPD-Parteivorstandes von 1971 »Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus« war nun zum Selbstverständnis der Partei geworden: »Sozialdemokratische Politik kann sich nicht das Ziel setzen, die kommunistisch regierten Länder zu ›befreien‹ – auch nicht die DDR.«<sup>8</sup> Der Nachsatz des von Richard Löwenthal formulierten Textes war dagegen weitgehend vergessen: »Ein Wandel der kommunistischen Ordnung kann nur von innen kommen.«<sup>9</sup> Die Mehrheit in der SPD hatte sich in dem immerwährenden Status quo der deutschen Teilung eingerichtet, von ihm ging auch der Mainstream der DDR-Forscher in der Bundesrepublik aus.<sup>10</sup>

1987 einigten sich die Grundwertekommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED auf ein gemeinsames Papier: »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit.« Die gemeinsame Friedenssicherung wurde als Überlebensfrage der Menschheit charakterisiert, gegenüber dieser Aufgabe müsse der ideologische Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in einen geregelten Diskurs überführt werden. Es war eine langfristige Strategie: »Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind.«<sup>11</sup> Die Befreiung der kommunistisch regierten Länder übernahmen die Völker in der europäischen Herbstrevolution von 1989 selbst, und in der DDR gründete sich ohne Zutun der SPD eine sozialdemokratische Partei. Die friedliche Revolution beendete diese Phase der Kooperation.

### III.

Einige Beispiele sollen diese Geschichte illustrieren.

Die wichtigste Zäsur zwischen SPD und KPD in der ersten Phase fand 1945 nach dem Ende der Nazi-Diktatur statt. Damals hofften viele der überlebenden

Aktivisten aus beiden Arbeiterparteien auf den Neuanfang in einer sozialistischen Einheitspartei, zumal auch die KPD in ihrem Programm vom Juni 1945 für eine parlamentarische Demokratie eintrat. Das war 1918 der Bruchpunkt gewesen zwischen Sozialdemokraten und den Kommunisten, weil diese eine proletarische Diktatur in Gestalt einer Räterepublik anstrebten. Kurt Schumacher in Hannover widersprach diesem Einheitsgefühl bereits im Mai 1945. Auch er hielt eine Einheitspartei für wünschenswert, aber für nicht möglich: »Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, daß die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Rußland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind ... Wir können und wollen nicht das autokratisch gehandhabte Instrument eines fremden imperialen Interesses sein.«<sup>12</sup> Mit diesem Urteil nahm Schumacher die politischen und organisatorischen Festlegungen zur Neugründung der KPD vorweg, die einen Monat später Josef Stalin in Moskau traf. In der SBZ wurde die KPD zur »staatsaufbauenden Partei« bestimmt, die mit ihrer Bündnispolitik im politischen Leben Deutschlands die »Ostorientierung« des Landes durchsetzen sollte.<sup>13</sup> Damit war das doppelte Erscheinungsbild des deutschen Kommunismus nach 1945 programmiert: diktatorische Staatspartei in

8 Zit.: Helmut Bilstein u. a., Organisierter Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. DKP, SDAJ, MSB Spartakus, KPD/KPD (ML)/KBW/KB, Opladen 1972, S. 79.

9 Ebd.

10 Jens Hüttmann, DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der westdeutschen DDR-Forschung vor und seit 1989, Berlin 2008.

11 Grundsatzkommission der SPD und Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Politik. Informationsdienst der SPD, 3/1987, S. 5.

12 Kurt Schumacher, Referat in Hannover v. 6.5.1945, zit.: Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Berlin/Bonn 1980, S. 19.

13 Vgl. Peter Erler u. a. (Hg.), »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994; Michael Kubina, Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945–1946; Peter Erler, »Moskau-Kader« der KPD in der SBZ, in: Manfred Wilke (Hg.), Die Anatomie der Parteizentrale Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 49–118, 229–251.

der SBZ/DDR, Fundamentalopposition in den Westzonen, der späteren Bundesrepublik.

1950 stellte Wilhelm Pieck auf dem III. Parteitag der SED zutreffend fest: »Schumacher und seinesgleichen stehen in allen Grundfragen faktisch auf dem gleichen Boden wie Adenauer«, und fuhr dann, unzutreffend, fort: »Sie helfen bei der Vorbereitung eines neuen Krieges und fördern die Unterjochung des deutschen Volkes durch die imperialistischen Westmächte.«<sup>14</sup> Die »Entlarvung« der sogenannten »rechten SPD-Führung« sowie die Herstellung einer Aktionseinheit von westdeutschen Kommunisten und Sozialdemokraten im »nationalen Befreiungskampf« von unten wurden von Pieck zur »wichtigsten Aufgabe« der KPD erklärt. Durch diese Politik der SED wurde die KPD in der Bundesrepublik innenpolitisch »von der geduldeten Opposition zum inneren Feind.«<sup>15</sup>

Der Ausbruch des Korea-Krieges 1950 schürte die Furcht vor einem dritten Weltkrieg auch in Europa. Zugleich begann in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung, während sich die Gefängnisse in der DDR mit politischen Häftlingen füllten. Vor diesem Hintergrund verschärfte der Bundestag 1951 das politische Strafrecht. Er erneuerte die Straftatbestände des »Hoch- und Landesverrats« und führte als neues Delikt die »Staatsgefährdung« in die Rechtsordnung ein, der es der Exekutive ermöglichte, den Kommunisten allein wegen der Intention ihrer Politik Demonstrationen und andere legale Formen der politischen Betätigung zu verbieten. Till Kössler sieht in diesem Schritt zu Recht »eine wesentliche Zäsur«<sup>16</sup> im Kampf gegen die Kommunisten. Den Schlussstein bildet schließlich der Antrag der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht im November 1951, die KPD zu verbieten: »Die KPD ist eine politische Partei, die nach ihren Zielen und auch nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Sie erfüllt damit den höchsten Grad der Verfassungswidrigkeit, der in einem Staatswesen denkbar ist. Sie ist nach ihrem inneren Gesetz verfassungsfeindlich und muss von der Beteiligung an der politischen Willensbildung des deutschen Volkes ausgeschlossen werden.«<sup>17</sup> Kössler hat nachgezeichnet,

wie die Ausgrenzung der KPD im Ruhrgebiet vonstating und wie die Milieus der Partei zerbrachen. Das Bundesverfassungsgericht brauchte fünf Jahre, um das Verbotsurteil 1956 auszusprechen, in dem Jahr, das durch den XX. Parteitag der KPdSU als Zäsur in der Geschichte des Kommunismus gilt. Die Zeichen aus Moskau standen da bereits auf Entstalinisierung und friedliche Koexistenz. Die Diskussion um das Verbot der KPD blieb auch nach 1956 in der Bundesrepublik aktuell. Allmählich wurden Kommunisten wieder in das politische Leben integriert. Eine wichtige Station war dabei die am 17. Dezember 1960 in Stuttgart erfolgte Gründung der Deutschen Friedensunion (DFU). Diese neue Partei, die bei der Bundestagswahl 1961 erstmals antrat, stellte die SPD erneut vor die Frage der Abgrenzung zu den Kommunisten.

Die DFU forderte die »Verständigung« mit der DDR und deren bedingungslose Anerkennung als zweiten deutschen Staat, sie trat als »Anerkennungspartei« für die DDR auf. Dieses Ziel war im Interesse der SED, die ihre Gründung vorbereitet hatte. Aus taktischen Gründen wollte sie nicht, dass die DFU sozialistische Forderungen erhob, eines allerdings musste von den »bürgerlichen Kreisen« hingenommen werden: Mitglieder der verbotenen KPD bekamen in ihren Reihen eine legale Plattform für ihr politisches Wirken. Heike Amos stellte in ihrer Untersuchung zur SED-Westarbeit fest: »Vermutlich waren sich viele Persönlichkeiten nicht bewusst, wie intensiv die SED die Deutsche Friedens Union inhaltlich, personell und finanziell steuerte. Mit Karl Graf von Westphalen und Manfred Pahl-Rugenstein saß die DDR-Staatsicherheit mit am Gründungstisch der DFU. Eine weitere indirekte Führung der DFU fand durch die illegale

14 Wilhelm Pieck, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei, in: Protokolle des III. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin (O.) 1951, S. 44.

15 Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005, S. 269.

16 Ebd., S. 288.

17 Antrag der Bundesregierung v. 22.11.1951, in: Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hg.), KPD-Prozess. Dokumentenwerk in drei Bänden, Bd. 1, Karlsruhe 1955, S. 19.



KPD statt. Der Kommunist Hermann Gautier erstattete direkt Bericht nach Ost-Berlin.«<sup>18</sup>

Die SPD nahm die Gründung der Deutschen Friedensunion ernst. So beschloss der Parteivorstand im Vorfeld der Bundestagswahl 1961, dass Vertreter von kommunistischen Tarnorganisationen und DFU-Mitglieder kein Rederecht in innerparteilichen Diskussionen erhalten sollten. Die Begründung war damals noch gesamtdeutsch: »Dies gelte solange, wie Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone inhaftiert seien und ihnen die Möglichkeit genommen werde, öffentlich ihre Meinung zu vertreten.«<sup>19</sup>

Nach dem Bau der Berliner Mauer verlangte Walter Ulbricht von der Bundesregierung Konrad Adenauers, »mitzuarbeiten an der Suche nach einem Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten.«<sup>20</sup> Ohne die Perspektive vom Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland aufzugeben, ging es Ulbricht realpolitisch um die Irreversibilität der SED-Herrschaft in der DDR und deren Anerkennung durch Bonn. Durch den Mauerbau war die Teilung der Nation scheinbar unwiderruflich geworden. Ulbricht konnte so gegenüber der Bundesregierung auftreten, weil er wusste, dass die alliierten Verhandlungen über die deutsche Einheit Geschichte waren. Mit dem atomaren Patt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ging es weltpolitisch in Europa um die Regelung des Status quo der deutschen Teilung. Nicht zuletzt der Bau der Mauer hatte das demonstriert. Die Sowjetunion hatte die Realität der Präsenz der Westmächte in Berlin ebenso hingenommen, wie diese die Erlaubnis der Sowjetunion an die DDR, Berlin mit der Mauer zu teilen. Der 13. August 1961 zeigte seine deutschlandpolitischen Wirkungen, vor allem im Schöneberger Rathaus in Berlin. Willy Brandt und Egon Bahr wussten: Um die Mauer für die Berliner durchlässiger zu machen, musste mit den Machthabern in Ost-Berlin verhandelt werden. Der Weg zur neuen Ostpolitik und damit zur Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik begann. Die SED-Westarbeit sollte helfen, diese Veränderung der bundesdeutschen Ostpolitik nachhaltig zu befördern. Aber noch galt das KPD-Verbot, und einer legalen Betätigung westdeutscher Kommunisten waren enge Grenzen gesetzt.

In der zweiten Phase, in der nicht mehr wie zu Beginn der Bundesrepublik um die Staatsordnung eines einheitlichen Deutschland gekämpft wurde, fanden SPD und SED in einem reaktiven Prozess einen Ausweg für die Kommunisten in Westdeutschland. Er stand eindeutig im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik der Bundesrepublik, die auf die Anerkennung der Realitäten im geteilten Europa ausgerichtet war.

1967 tagten in Karlsbad die kommunistischen Parteien und erklärten die Anerkennung der DDR »zu einer der Hauptaufgaben des Kampfes um die europäische Sicherheit.«<sup>21</sup> Zugleich forderten sie von der Bundesrepublik die Aufhebung des KPD-Verbots.

Im Herbst desselben Jahres einigte sich die Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes in Ulm auf ein Verfahren in Bezug auf die Relegalisierung der Kommunisten: »Alte KPD mit verfassungswidrigen Zielsetzungen – nein. Neue KPD mit verfassungskonformen Zielsetzungen – ja.«<sup>22</sup> Mit den Stimmen aller Parteien beschloss der Bundestag im Mai/Juni 1968 eine Liberalisierung des politischen Strafrechts und die Amnestie für alle politischen Straftaten, die bis zum 1. Juni 1968 begangen wurden, »nur der eigentliche Landesverrat war ausgenommen.«<sup>23</sup> Der sozialdemokratische Justizminister Gustav Heinemann und sein Staatssekretär Horst

18 Heike Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 310f.

19 Keine Diskussion mit Kommunisten, zit.: Ossip K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. VII, Berlin 1996, S. 156.

20 Bericht auf der 14. Tagung des ZK der SED, 23.11.1961, in: Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. X, Berlin (O.) 1966, S. 180.

21 Wilhelm Mensing, Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Osnabrück 1989, S. 36.

22 Ebd., S. 48.

23 Dieter Posser, Gab es »politische Strafverfolgung« in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und frühen 60er Jahren, und wie wurde diese Problematik von der SED instrumentalisiert?, in: Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, Hg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1999, Bd. VIII, S. 2245.

Ehmke trugen in dieser Zeit aktiv dazu bei, dass die westdeutschen Kommunisten durch die Neugründung der DKP wieder über eine legale Partei verfügen konnten.<sup>24</sup>

Die Entscheidung, den hauptamtlichen KPD-Apparat auf diese Weise neu zu konstituieren, fiel natürlich in Ost-Berlin, und zwar unmittelbar nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August/September 1968. Die SED benötigte im Hinblick auf die deutsch-deutschen Verhandlungen eine legale kommunistische Partei. Das Politbüro der SED legte auch die Struktur und die Finanzierung des hauptamtlichen Apparates der DKP fest.<sup>25</sup>

Die dritte Phase der konfliktreichen Beziehungsgeschichte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wartet noch auf die wissenschaftliche Bearbeitung. Für diesen Zeitraum liegen noch keine mit den Arbeiten von Heike Amos und Jochen Staadt<sup>26</sup> vergleichbaren Untersuchungen über die Westpolitik der SED vor. In der Enquete-Kommission zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« wurde die Westarbeit der SED durch Expertisen im Themenfeld der innerdeutschen Beziehungen behandelt. Damit führte die Kommission eine neue Perspektive in die Diskussion um die politischen Aktivitäten der westdeutschen Kommunisten ein. Ihr Interesse galt nicht vorrangig deren politischem Extremismus, sondern sie fragte nach der Bedeutung von KPD/DKP für die West-Deutschlandpolitik der SED. Der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages kommt zum Ergebnis: »Die größte Wirksamkeit erzielte die DKP Anfang der Achtzigerjahre vor allem mit ihrer aktiven Einflussnahme auf alle Arten von »Friedensinitiativen« im Rahmen der Kampagne gegen die westliche Nachrüstung.«<sup>27</sup> Deren Steuerung durch die SED behandelte der Bericht als Tatsache: »Auch diese Aktivitäten waren Teile der SED-Westarbeit. »Bereits am 22.3.1982, also nur Tage vor der für die Entwicklung der Friedensbewegung entscheidenden Aktionskonferenz in Bonn-Bad Godesberg, beschloß das SED-Politbüro ‚Maßnahmen zur weiteren Verstärkung der Friedensbewegung‘. [...] In all diese politischen Aktivitäten war die Kulturarbeit der DKP integriert. Namentlich ist hier der Schriftstellerverband (VS) in der IG Druck und Papier hervorzuheben.«<sup>28</sup>

Welche Bedeutung hatten alle diese Aktivitäten der parlamentarisch bedeutungslosen DKP für die demokratischen Parteien in der Bundesrepublik? Dieser Fragestellung ist Michael Roik in seiner Studie »Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984« nachgegangen. Zu den von ihm ausgewerteten Quellen gehören auch die Protokolle des Parteivorstandes der SPD in den Siebzigerjahren. Das Schicksal der Grenzziehungen der SPD zu den Kommunisten von 1971/72 und die Konsequenz ihrer Veränderung für den antitotalitären Konsens zwischen den Volksparteien war dabei ein Thema. Der Parteiausschluss des frischgewählten Juso-Bundesvorsitzenden Klaus Uwe Benneter 1977 hatte in diesem Prozess weichenstellende Bedeutung. Benneter hatte im ZDF erklärt, »daß die Jungsozialisten Aktionsbündnisses zwar nicht anstrebten, sie aber auch nicht vermeiden würden: »Wir haben da also keine Berührungängste, was Kommunisten angeht. Und dort, wo auch Kommunisten wertvolle Arbeit leisten, wie das etwa in vielen Betrieben der Fall ist, wird man nicht umhin können, zusammen mit Kommunisten gegen die Unternehmer vorzugehen.«<sup>29</sup>

Dieser Ausschluss wurde in der Partei nicht einfach hingenommen, es kam zu öffentlichen Solidarisierungen mit Benneter. Diese Reaktion unter den Parteimitgliedern brachte Bundesgeschäftsführer Egon Bahr zu der Einsicht, die Abgrenzung der SPD nach links könne nicht länger mit Parteiordnungsverfahren

24 Vgl. Wilhelm Mensing, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben .... Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Osnabrück 1989, insb. den »Heinemann-Vermerk« über sein Gespräch mit Grete Thiele und Max Schäfer, beide KPD-Emissäre, S. 124–127.

25 Hans-Peter Müller, Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Hg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 1868–1926.

26 Vgl. Amos (Anm. 18); Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970 Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

27 Bericht der Enquete-Kommission, in: Materialien (Anm. 25), Bd. I, S. 489.

28 Ebd.

29 Michael Roik, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968–1984, Paderborn 2006, S. 145f.

sanktioniert und damit garantiert werden. Der Parteivorsitzende Willy Brandt plädierte im Präsidium für den entgegengesetzten Weg, er befürwortete die Integration des Milieus zwischen SPD und DKP, um der Gefahr vorzubeugen, dass aus den Umweltgruppen und der Anti-Atomkraftbewegung eine Partei zwischen SPD und DKP entstünde. Ordnungsmaßnahmen seien nur gegen diejenigen anzuwenden, »die offensichtlich vom Westbüro der SED gesteuert würden.«<sup>30</sup> 1979 hob die sozial-liberale Koalition für den Bund die Regelanfrage beim Bundesamt für Verfassungsschutz für die Bewerber für den öffentlichen Dienst auf. Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) begründet diesen Schritt mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der Abgeordnete Hans H. Klein (CDU) widersprach dieser Begründung im Bundestag: »Sie sei vielmehr eine verwaltungsinterne Maßnahme, die der Entscheidungsvorbereitung dienen und Grundrechte nicht berühre.«<sup>31</sup> Die SPD hatte den antitotalitären Konsens zwischen den Volksparteien, auf dem der Extremistenbeschluss von 1972 beruhte, im Bezug auf die DKP deutlich relativiert.

Dieses Ergebnis wird aber gern zugunsten populärer politischer Klischees verschwiegen.<sup>32</sup> Tatsächlich aber hat Roik anhand von Archivquellen, darunter die genannten Protokolle des SPD-Parteipräsidiums, die Frage beantwortet, ob die DKP und damit die SED-Westarbeit direkten Einfluss auf die Politik der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik gehabt hat. Dies prüfte er am Beispiel der Auseinandersetzungen der demokratischen Parteien mit der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss von 1979. Innerhalb dieser außerparlamentarischen Bewegung war die DKP ein politischer Faktor. Roik wählte also den richtigen politischen Konflikt, um seine Frage zu prüfen und zu beantworten. Statt dieser Grundfrage wird zuweilen eine andere Frage gestellt, welche die Diskussion darüber beenden soll – die nach den guten Absichten der damaligen Akteure: ob eine »gute Sache dadurch schlecht wird, dass sich an ihr auch die DKP beteiligt.«<sup>33</sup> Jedoch hat Roik sich eben mit diesem Argument ausführlich befasst<sup>34</sup> und den Blick auf die damaligen sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Bündnis gelenkt. Für einen Historiker, der sich mit dieser politischen Auseinander-

setzung befasst, ist Roiks Ansatz von grundlegender Bedeutung, setzten doch die Interessenlagen der Sowjetunion und der NATO die Rahmenbedingungen für diesen Konflikt, in dem die beiden beteiligten Bundesregierungen notwendigerweise Position für das westliche Bündnis bezogen.

Die Chronologie des NATO-Doppelbeschlusses belegt, dass er die sicherheitspolitische Reaktion des westlichen Bündnisses auf die sowjetische Mittelstreckenraketen-Vorrüstung war. Unter Historikern des Kalten Krieges gilt dieser Raketenpoker zu Recht als dessen letzte Schlacht. Der verständliche Wunsch vieler Atompazifisten von damals, keine weiteren Atomraketen auf westdeutschem Boden stationieren zu lassen, war der »Minimalkonsens« dieser Bewegung, den die DKP und die DFU mitformulierten.<sup>35</sup> Er deckte sich mit der Interessenslage der Sowjetunion und dem Auftrag der SED an die DKP/DFU. Das Ziel dieser östlichen Intervention bestand darin, eine politische Lage in der Bundesrepublik herbeizuführen, die eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen nach dem Scheitern der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abbau der sowjetischen SS 20-Vorrüstung unmöglich machen sollte. Damit hätte die Bundesregierung ihre Bündnisverpflichtungen nicht erfüllen können. Die Sowjetunion wollte das NATO-Bündnis somit auch mit Hilfe dieser Friedensbewegung in der Bundesrepublik, in eine Krise stürzen, unabhängig von den guten Absichten der einzelnen Teilnehmer dieser Friedensbewegung. Die entsprechenden Dokumente von KPdSU und SED über ihre Ziele liegen vor,<sup>36</sup> auch der Positionswechsel der SPD in der Frage des

30 Ebd., S. 148.

31 Ebd., S. 31.

32 So von Wolfgang Buschfort, Die Mär von der »Volksfront« [Rezension zu Roik (Anm. 29)], in: DA, 4/2008, S. 743f.

33 Ebd., S. 744.

34 Vgl. Roik (Anm. 29), S. 336f.

35 Vgl. Udo Baron, Kalter Krieg und Heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei »Die Grünen«, Münster 2002, S. 37–134.

36 Vgl. Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss, Münster 2004.



NATO-Doppelbeschlusses gehörte zu den Zielen des Kremles und von Ost-Berlin.

Der Wunsch, die Bundesrepublik könnte in diesem Konflikt in die Neutralität flüchten, war politisch naiv. Bundeskanzler Helmut Schmidt wusste das, aber er konnte den Positionswechsel der SPD in der Frage des von ihm mitformulierten NATO-Doppelbeschlusses 1981/82 nicht verhindern. Als dieser sich abzeichnete, war das einer der Gründe zum Koalitionswechsel der FDP 1982, der Schmidt das Amt des Bundeskanzlers kostete. Es war sein Nachfolger Helmut Kohl, der 1983 den Stationierungsbeschluss amerikanischer Mittelstreckenraketen im Bundestag durchsetzte.

Auch in Zukunft werden Historiker dieser letzten Schlacht des Kalten Krieges unterschiedliche Positionen in der Sache vertreten – das ist notwendig und unvermeidbar, wir sollten diesen Streit zulassen. Dieser letzte Ost-West-Konflikt und sein Ausgang waren unzweifelhaft eine wichtige Vorentscheidung für das Ende der deutschen Teilung. Das transatlantische Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik hatte eine wichtige Belastungsprobe bestanden, und es hielt auch 1989/90, als es um die deutsche Selbstbestimmung und Einheit ging.

Aus den Befunden Roiks ergibt sich in diesem Zusammenhang für die Parteigeschichte der SPD eine wichtige Frage: Wurde mit der Flexibilisierung der

Abgrenzung zur DKP 1977 im SPD-Parteivorstand eine Weichenstellung vorgenommen, zu deren Auswirkungen auch den Positionswechsel der Partei in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses von 1981/82 erklären hilft, da sich die Zusammensetzung der SPD-Mitglieder verändert hatte? Für viele von ihnen war Zusammengehen mit DKP-Mitgliedern in den außerparlamentarischen Bündnissen in der Anti-Atomkraftbewegung und Umweltbewegung zu einer selbstverständlichen Tatsache geworden. Diese Frage rührt offenbar aber an ein Tabu, das womöglich manche – vielleicht auch im Hinblick auf aktuelle politische Diskussionen – geschützt wissen wollen.

Roik gibt eine Korrespondenz zwischen dem SPD-Gewerkschaftler Horst Niggemeier und Helmut Schmidt vom Herbst 1982 wieder. Niggemeier schrieb unter anderem, »dass wir ohne klare Abgrenzung gegenüber dieser ›Aktionseinheit‹ – übrigens eine bewusst undurchschaubare Mischung – und ohne offensive Vertretung unserer sicherheitspolitischen Positionen ... nicht mehr auskommen können. Ansonsten landen wir früher oder später bei 30 %«. Schmidts Antwort war unmissverständlich: »Deine Einschätzung der ›Aktionseinheit‹ und ihrer Folgen für unser Wählerpotential teile ich.«<sup>37</sup>

---

37 Zit.: Roik (Anm. 29), S. 314.